

Verantwortung teilen, nicht abwälzen



Dominik Bartsch ist Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) in Deutschland.

© UNHCR / M. Gambarini

Auch im Jahr drei nach dem großen Zuzug wird weiter gerungen. Darum, wann Flüchtlingsfamilien wieder zusammen sein können, wo Flüchtlinge wohnen dürfen, was Heimat und Zuhause für sie bedeuten sollen. Diese Diskussion wird oft aus dem Bauch heraus und weniger mit dem Kopf geführt. Das ist ein Warnsignal, denn unreflektierte Empörung, gefühlte Wahrheiten und Zorn sind die natürlichen Gegenpole zur Vernunft, die Handlungsmaxime unseres demokratischen Rechtsstaates ist. Besorgniserregend wird es dann, wenn das Bauchgefühl zur Politik erhoben wird. Denn dann sind auch Grundwerte wie Solidarität, Gerechtigkeit und Mitgefühl in Gefahr. Ohne sie kann auch Flüchtlingsschutz nicht funktionieren, denn wenn der Grundkonsens des Zusammenlebens bedroht ist, bleibt für die Schutzlosesten wenig Empathie übrig.

Ein nüchterner Blick auf die Fakten ist bei diesem zweifelsohne emotionalen Thema geboten. Weltweit sind 68,5 Millionen Menschen auf der Flucht, 186.000 suchten im letzten Jahr in Deutschland Schutz. Das Chaos ist ausgeblieben, die Zahl der Asylbewerber in Deutschland sinkt weiter rapide. Auch die Ankünfte über das Mittelmeer sind weiter zurückgegangen. Rund 141.000 haben 2018 die gefährliche Überfahrt gewagt. Viele bezahlten den Versuch mit dem Leben. Oder sie versuchen seitdem in einem libyschen Internierungslager zu überleben. Kurzum: Die Krise war nie in Europa, sie ist aber weiterhin anderswo: in Bangladesch, in Uganda, im Jemen, in den Nachbarländern Syriens sowieso.

Deshalb ist es paradox, das Flüchtlingsthema weiter zu politisieren. Denn die nackten Zahlen sprechen eine andere Sprache – nämlich eine, die weiter unsere Hilfsbereitschaft als wertorientierter und reichster Kontinent der Erde fordert. Leider dominiert in vielen Ländern Europas die instrumentalisierte Angst vor Schutzsuchenden. Die Institution des Asyls als zivile Errungenschaft erscheint nicht mehr unumstößlich. Der Grund dafür sitzt nicht nur an den viel gescholtenen Stammtischen. Er findet sich auch dort, wo mit der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems zum Beispiel vorgeschlagen wird, nur dann Verantwortung für Schutzsuchende zu übernehmen, wenn sich kein anderer Staat außerhalb der EU findet. Das ist ein fatales Zeichen an jene Staaten außerhalb Europas, die durch die Aufnahme von Millionen von Flüchtlingen vor große Herausforderungen gestellt sind. Dort wird sehr genau beobachtet, wie Europa mit Flüchtlingen umgeht. Es ist deshalb vernünftig und in unserem Interesse, weiterhin erkennbar Verantwortung für den Flüchtlingsschutz zu übernehmen, statt sie auf jene abzuwälzen, die bereits viele Flüchtlinge aufgenommen haben. Nur so kann der Kern des internationalen Flüchtlingsschutzes, wie er in der Genfer Flüchtlingskonvention verbürgt ist, bewahrt werden.

Verantwortungsteilung ist das Gebot der Stunde, um den Flüchtlingsschutz in die Zukunft zu tragen. Den Rahmen dafür hat der Globale Pakt für Flüchtlinge gesetzt. Jetzt muss er gemeinschaftlich mit Leben gefüllt werden. Mehr Resettlement-Plätze oder Gelder für humanitäre Hilfe sind dabei wichtig, dürfen den spontanen Zugang zu Schutz aber nie ersetzen. Deutschland hat diese Herausforderung in den letzten Jahren angenommen und muss sie europäisch und global weitertragen – für die Flüchtlinge, aber auch um den Werten Europas treu zu bleiben.

Dominik Bartsch
Repräsentant des UNHCR in Deutschland